

Kampagne

**Rußfrei fürs Klima**

(BV) – Der BUND ist seit Jahresbeginn Mitglied der Verbändekampagne »Rußfrei fürs Klima«. Mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) engagieren wir uns beim Thema »Klimawirkung von Dieselruß«. Zusätzlich zu seiner gesundheitsgefährdenden Wirkung trägt Ruß auch zur Erwärmung der Erdatmosphäre und zum schnellen Abschmelzen des Meereises in der Arktis bei. Verkehr ist der weitaus größte Emittent von Dieselruß in Europa.

Im Rahmen der neuen Kampagne geht der BUND vor Ort zu den Brennpunkten des Klima- und Gesundheitsschutzes, nämlich in die Städte: Wie kann der Verkehr hier umweltverträglicher gestaltet werden, indem Rußemissionen von Pkw, Lkw, Baumaschinen und Binnenschiffen (in Hafenstädten auch Seeschiffen) vermindert werden? Wie können gleichzeitig auch emissionsarme und -freie Verkehrsträger wie der Nahverkehr zu einer Reduzierung der Autos in den Städten beitragen und die Städte lebenswerter machen? Der BUND benennt die nötigen politischen Entscheidungen und fordert ihre Umsetzung ein.

Rußpartikel aus Deselemissionen – besonders des Verkehrs – haben im Gegensatz zu den Klimagasen CO<sub>2</sub>, Methan oder Ozon nur eine geringe Verweilzeit in der Atmosphäre. Ihre Reduktion führt daher vergleichsweise schnell zu messbaren Erfolgen und ist damit ein unverzichtbarer Baustein für die langfristige Bekämpfung der Erderwärmung.

Im Rahmen der Kampagne finden im Verlauf dieses Jahres etliche Pressekonferenzen in relevanten deutschen Großstädten wie München, Berlin, Hamburg oder Stuttgart statt, unter wechselnder Federführung der an der Kampagne beteiligten Verbände. Auch ein Fachworkshop zur Klimawirksamkeit von Rußpartikeln ist geplant.

Ansprechpartner: Dr. Werner Reh, werner.reh@bund.net,  
☎ 030/27586-435, Dirk Bartel, vkprakt3@bund.net, -436



An dieser Ortseinfahrt konnte der BUND einige Alleebäume retten.

Alleeschutz

**Baumfällungen verhindert**

(BBG) – Jeder Autofahrer kennt sie: Verkehrsinseln, die am Ortseingang die Geschwindigkeit drosseln sollen. Eine solche Schikane wurde auch in Glövizin/Prignitz errichtet. Nachdem es hier zu einem tödlichen Unfall gekommen war, genehmigte der Landkreis Prignitz die Fällung mehrerer Alleebäume in der Nähe des Unfallortes. Der Vorsitzende des BUND-Kreisverbandes Wilfried Treutler forderte hingegen einen Verzicht auf die Fällungen und den Rückbau der Verkehrsinsel. Der BUND Brandenburg legte Klage gegen die Fällgenehmigung ein und beantragte einstweiligen Rechtsschutz. Im Ergebnis hob der Landkreis Prignitz als Untere Naturschutzbehörde seine Fällgenehmigung auf.

Daraufhin erinnerte sich der Landesbetrieb Straßenwesen an eine neue gesetzliche Bestimmung: Für Begleitgrün ist nicht mehr die Untere Naturschutzbehörde zuständig, der Landesbetrieb kann sich selbst Fällungen genehmigen. Doch im Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht erhielt der BUND Recht. Landesgeschäftsführer Axel Kruschat: »Das Gericht hat klargestellt, dass der Landesbetrieb auch bei Fällungen nach dem Straßengesetz eine Stellungnahme der anerkannten Naturschutzverbände einholen muss.« Laut Urteilsbegründung kann die Verkehrssicherheit »durch einen Rückbau der gefährlichen Verkehrsinsel wieder hergestellt werden.« Unmittelbar nach Pfingsten wurde die Insel entfernt.

BUND Prignitz,  
Wilfried Treutler,  
☎ 03877/564117,  
b.w.treutler@arcor.de

